

Bonn müssen gezwungen werden, von der Politik der Kriegsvorbereitungen abzugehen. Westdeutschland darf nicht durch Militärabkommen und durch den Deutschlandvertrag an die USA und Großbritannien gebunden bleiben. Das widerspricht dem Recht auf nationale Souveränität.

2. Alle friedliebenden Menschen müssen ihre Anstrengungen vereinen, um auf die verantwortlichen Staatsmänner der kapitalistischen Staaten einzuwirken, durch Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetunion und der anderen Staaten des Friedenslagers konkrete Maßnahmen der Abrüstung, des Verbots der Atomwaffe und des Verzichts darauf zu vereinbaren sowie die Verpflichtung zu übernehmen, gegeneinander keine Waffengewalt anzuwenden.

3. Die größte Gefahr droht dem deutschen Volk durch den Militarismus, der die Bevölkerung Westdeutschlands in den Krieg stürzen will. Der einzige Weg zur Beseitigung der Gefahr der Kriegsprovokation durch den Militarismus in Westdeutschland ist die Schaffung eines Vertrages der kollektiven Sicherheit zwischen allen europäischen Staaten. Die kollektive Sicherheit bedeutet auch Deutschlands Sicherheit, den Schutz seiner Grenzen. Durch die kollektive Sicherheit werden der Nordatlantikkpakt, die Pariser Verträge und andere militärische Gruppierungen in Europa beseitigt und damit ein lang andauernder Frieden gewährleistet.

Nur dadurch, daß auch in Westdeutschland der Weg der friedlichen Entwicklung beschritten wird und beide deutschen Staaten an der Herbeiführung der kollektiven Sicherheit der europäischen Staaten teilnehmen, kann die Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer und souveräner Staat herbeigeführt werden. Die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, unter Teilnahme aller europäischen Staaten, würde die Wiederbewaffnung der deutschen Militaristen verhindern, das heißt den „kalten Krieg“ beenden und eine Vertrauensatmosphäre für die Lösung aller anderen strittigen Fragen herbeiführen.

Die Deutsche Demokratische Republik hat bewiesen, daß sie als souveräner, demokratischer und friedliebender Staat für eine ehrliche Politik der Verständigung eintritt, die dem gesamten deutschen Volk dient. Sie beteiligt sich an allen internationalen Aktionen, die den Frieden festigen und geeignet sind, ein Vertrauensverhältnis zwischen den Staaten in gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung herzustellen.